№ 577
B 286
Abend-Ausgabe

Berlin

Donnerstag, 6. Dezember 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

100 Milliarden

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Bedrohung des Ermächtigungsgesetzes.

Deutschnationale Obstruktionsabsichten.

Die heutige Plenarsitzung des Reichstages sollte um 1 Uhr nachmittags beginnen. Sie war als letzte Sitzung vor den langen Ferien gedacht, die bis Ende Januar andauern sollten, und wie immer in solchen Fällen war die Tagesordnung besonders reichhaltig, ein großes Aufräumen mit allen Rückständen vor dem Ferienbeginn. Der Sitzungsbeginn wurde aber zunächst auf 2 Uhr verschoben, denn es ist wieder einmal alles in Frage gestellt, und die Auflösungsgefahr, die man nach dem bekannten Beschluß der Sozialdemokratie als beseitigt wähnte, ist wieder nahegerückt.

Zwei Schwierigkeiten haben sich fast unmittelbar vor der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz ergeben. Die erste ist durch die Obstruktionsabsicht der Deutschnationalen heraufbeschworen. Die zweite durch einen Antrag, der heute von den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen im Aeltestenausschuß angekündigt worden ist. Nach der gestrigen Erklärung des Sprechers der Deutschnationalen im Plenum hatte man in der Regierung angenommen, daß die deutschnationale Fraktion zwar das Ermächtigungsgesetz selbst ablehnen, der parlamentarischen Durchbringung aber keine technischen Schwierigkeiten in den Weg legen würde, d. h., daß sie bei der Abstimmung im Saale bleiben würden, um die Beschlußfähigkeit, zu der nach der Verfassung zwei Drittel aller Abgeordneten erforderlich sind, nicht in Frage zu stellen. Aber Nacht scheinen sich die Deutschnationalen es anders überlegt zu haben. Unmittelbar vor dem angesagten Sitzungsbeginn hörte man von Obstruktionsabsichten der Deutschnationalen. Sie wollen in der gleichen Weise wie bei der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes für das Kabinett Stresemann vor Beginn der Abstimmung den Saal verlassen, um die Beschlußunfähigkeit herbeizuführen.

Die Absicht kann ihnen gelingen, denn bei 450 Abgeordneten ist die Anwesenheit von 306 Abgeordneten zur Beschlußfähigkeit erforderlich. Wenn die 67 Deutschnationalen mit den 14 Kommunisten den Saal verlassen und jene 53 Sozialdemokraten, die gegen die Bewilligung des Ermächtigungsgesetzes sind, der Abstimmung fern bleiben, dann ergibt das schon eine Gesamtzahl von 137 Abgeordneten, die an der Abstimmung nicht teilnehmen. Mit etwa 30 Abwesenden infolge von Krankheit und anderer Verhinderung muß gerechnet werden. Das wären 167 fehlende Abgeordnete. Es würden dann günstigstenfalls 292 Abgeordnete an der Abstimmung teilnehmen, und das bedeutete die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Die zweite Schwierigkeit besteht in der erwähnten, im Aeltestenausschuß vorgebrachten Forderung der Oppositionsparteien, die sich auf das Ermächtigungsgesetz bezieht. Bekanntlich sieht das Ermächtigungsgesetz einen sogenannten Fünfzehner-Ausschuß vor, der vom Reichstag eingesetzt werden und dem die Regierung Verordnungen, die sie auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen will, vorher vertraulich zur Kenntnis bringen soll. Der Ausschuß hat, wie man weiß, kein Veto- und kein Ablehnungsrecht. Die Regierung ist nur verpflichtet, die Auffassung des Ausschusses zu hören, ist aber nicht an sie gebunden.

Sozialdemokraten und Deutschnationale wollen nun erreichen, daß in bezug auf jene Verordnungen, bezüglich derer kein Einvernehmen zwischen der Regierung und dem Fünfzehner-Ausschuß erzielt worden ist, die Möglichkeit gewahrt bleiben soll, daß die Parteien sich an den Rechtsausschuß bzw. an den Hauptausschuß auch während der Dauer der Vertagung wenden.

Die Oppositionsparteien könnten dann vom Rechtsausschuß bzw. vom Hauptausschuß eine Beschlußfassung über die Verordnungen verlangen, bzw. die sofortige Einberufung des Plenums zur Beschlußfassung über einen Antrag auf Aufhebung einzelner Verordnungen. Diese Möglichkeit soll gewahrt bleiben, nicht nur für die auf Grund des neuen Ermächtigungsgesetzes zu erlassenden Verordnungen, sondern auch hinsichtlich der auf Grund des alten Ermächtigungsgesetzes bzw. des Artikels 48 der Verfassung bereits herausgegebenen Verordnungen.

Im Aeltestenausschuß hat die Regierung sich entschieden gegen den Vorschlag der Oppositionsparteien gewandt, und es heißt, der Reichskanzler sei der Auffassung, daß eine Annahme eines derartigen Antrages zum Ermächtigungsgesetz das Gesetz selbst illusorisch machen würde. Die Regierung sei infolgedessen entschlossen, aus einem derart einschränkenden Zusatze die gleiche Forderung zu ziehen, wie bei einer Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes, nämlich mit der Auflösung des Reichstages vorzugehen. Der Aeltestenausschuß hat seine Beratungen abgebrochen, um der Regierung und den Parteien Gelegenheit zu Verhandlungen zu geben. Statt des Plenums sind um die Mittagsstunde die Fraktionen zusammengetreten, um zu dieser neu geschaffenen Situation Stellung zu nehmen.

Neue Verständigung.

Kurz vor Schluß der Redaktion wird uns gemeldet, daß in einer neuerlichen Parteiführerbesprechung beim Reichskanzler eine Verständigung erzielt worden ist. Der Reichstag soll noch der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz durch den Präsidenten auf unbestimmte Zeit vertagt werden, d. h. der Präsident wird ermächtigt werden, den Zeitpunkt der nächsten Sitzung schriftlich bekanntzugeben. Unausgesprochen bleibt, daß Regierung und Parteien sich unter der Hand darauf geeinigt haben, daß die Ferien des Reichstages bis Ende Januar dauern sollen.

Die Parteien sind auch damit einverstanden, daß nur in ganz außergewöhnlichen Fällen ein früherer Zusammentritt des Reichstages stattfinden soll. Nach der Vereinbarung bleibt es auch während der Vertagung des Reichstages ausschließlich bei der gutachtlichen Mitwirkung des Fünfzehnerausschusses hinsichtlich der Verordnungen, die die Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen will. Damit ist die eine Schwierigkeit beseitigt.

Fraglich bleibt es jetzt nur noch, ob heute bei der Abstimmung die Beschlußfähigkeit zu erreichen sein wird. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß die Deutschnationalen ihre Obstruktionsabsichten doch noch aufgeben werden. Kurz vor 2 Uhr trat der Aeltestenausschuß zu einer neuen Beratung zusammen.

Das Verfahren gegen Graefe.

Beginn der Sitzung.

Gegen ½3 Uhr eröffnete Präsident Löbe die Sitzung des Reichstags und teilte unter lebhafter Bewegung des Hauses mit, daß der Reichsminister des Innern den Antrag gestellt hat, die Immunität des deutschvölkischen Abgeordneten v. Graefe aufzuheben, damit das Verfahren wegen Hochverrats gegen ihn eingeleitet werden kann.

Die rheinische Entscheidung.

Von

Hugo Boesen,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

* **Köln,** 5. Dezember.

Der preußische Ministerpräsident Braun hat gestern eine Rede über die Rheinlandfrage gehalten, die genau so ausgefallen ist, wie man von einem preußischen Ministerpräsidenten erwarten mußte. Man darf aber nicht hoffen, daß durch sie im Rheinland selbst die verworrene Lage geklärt würde. Diese Rede genügt nicht. Es ist Pflicht, das auszusprechen. Das Rheinland befindet sich in kritischen Entwicklungsphasen und es scheint notwendig, einmal deutlich herauszuschälen, woher die Verschärfung der Situation datiert. Abgesehen von der Zuspitzung der wirtschaftlichen Not, vornehmlich von folgenden vier Ereignissen:

1. Der Ausschaltung der Reichsregierung aus den unmittelbaren Verhandlungen über die Rhein-Ruhr-Wirtschaft. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die erzwungene Verlegung der Verhandlung über die Ingangsetzung der Wirtschaft ins besetzte Gebiet den Gedanken befruchtet hat, daß die letzten Verantwortungen für das eigene Schicksal zwangsläufig von den Männern des besetzten Gebietes bestimmt und getragen werden müssen, eine Auffassung, der Herr Tirard unentwegt Vorschub leistet.

2. Dem separatistischen Oktober-November-Putsch. Der Widerstand der Bevölkerung gegen den Separatistenterror bis zu dem Grade, daß die Franzosen jetzt der Komödie ein Ende machen mußten, um nicht selbst dem Fluch der Lächerlichkeit zu verfallen, wirkt psychologisch wieder als ein Akt der Selbsthilfe, die, wenn nötig, sich auch in anderen Interessensphären zu versuchen bereit ist.

3. Dem Aktivwerden der „Verfackungspolitiker" in der Reichsregierung seit dem Eintritt des Herrn Jarres. Für die Idee, daß die Renaissance Deutschlands nur unter einstweiligem Verzicht auf Rheinland und Ruhr möglich sei, was einbegreift, daß man sich zunächst im Rheinlande finanziell nicht verbluten will, findet man hier, abgesehen von engen Zirkeln, kein Verständnis. Man drückt das so aus: „Berlin separiert sich von den Rheinlanden" und man zieht daraus seine Konsequenzen in umgekehrter Richtung.

4. Von der Ankündigung, daß die Unterstützungszahlungen an das besetzte Gebiet aufhören würden. Seit diese Maßnahme angekündigt, hernach zunächst aufgeschoben, neuerdings, wie es heißt, sogar aufgehoben wurde, woraus geschlossen wird, daß die finanzielle Notwendigkeit der Zahlungseinstellung nicht absolut gegeben war, griff die Meinung reißend um sich, daß das Rheinland zu wirtschaftlicher und finanzieller Selbstbestimmung gelangen müsse, wobei die Weitblickenden die unausbleiblichen politischen Folgen nicht übersehen.

Die französische Rheinlandkommission sorgte ihrerseits durch eine zermürbende raffinierte Politik dafür, daß im Rheinlande ein Fatalismus, eine Katastrophenstimmung, um sich griff, die den Widerstand der Bevölkerung gegenüber jeder Aenderung der politischen Stellung der Rheinlande lähmte.

Das ist die Wahrheit. Hierüber haben sich die rheinischen Persönlichkeiten, die in den letzten Wochen bald in Berlin, bald mit Herrn Tirard verhandelten, keiner Täuschung hingegeben. In politischer Hinsicht war ihr Wirken pflichtgemäß nur allem negativ. Sie haben sich beharrlich geweigert, die Klammern zu lockern, die das Rheinland mit dem Reiche verknüpfen, obschon Herr Tirard hierfür eine Initiative seitens der Rheinlande verlangte und mit Versprechungen scheinbar nicht hinter dem Berge hielt. Das veranlaßte Herrn Tirard, in einem gewissen Stadium der Besprechungen sich mit der Rheinischen Republik im Rahmen des Reiches zu begnügen, die allerdings eigenes Steuer- und Budgetrecht, eigene diplomatische Vertretungen und sonstige Souveränitätsrechte haben sollte. Es muß festgestellt werden, daß kein verantwortlicher rheinischer Führer bis heute mit Herrn Tirard darüber „verhandelt" hat. Die Feststellung des preußischen Ministerpräsidenten über diesen Punkt kann zu Mißdeutungen Anlaß geben. Von deutscher Seite wurde lediglich die bekannte, auch von der Reichsregierung gebilligte Lösung vorgeschlagen, die einen Zweckverband der besetzten Gebiete mit einem Direktorium an der Spitze vorsah. Vielleicht ist es darüber zu Erörterungen gekommen. Diese Lösung war indessen schon an dem selben Tage erledigt, wo sie von dem Reichstagsabgeordneten Erkelenz in Elberfeld als möglicher modus vivendi erwähnt wurde. Denn sie wurde von Tirard als „unannehmbar" abgelehnt.

Die Rheinländer hören in den letzten Tagen aus Berlin, daß man dort über Tempo und Art der öffentlichen Erörterung der Rheinlandfrage an Regierungsstelle beunruhigt sei. Es ist zuzugeben, daß vor allem infolge der Heimlichtuerei der Verhandlungsführer teilweise gewisse Uebertreibungen des bereits Geschehenen innerhalb und außerhalb der Rheinlande, vor allem im Auslande, verbreitet werden. Trotzdem: Wenn die Reichsregierung sich in diesen Tagen erneut mit dem Rheinlandproblemen befaßt, so muß aus den Regierungsbesprechun-

Benesch's Europakarte.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Prag,** 5. Dezember.

In Olmütz sprach dieser Tage Außenminister Dr. Benesch über den „diplomatischen Kampf um die tschechoslowakische Selbständigkeit", den er von Paris aus um die Anerkennung der tschechoslowakischen Republik als selbständigen Staates geführt hat. Dabei galt es, wie er ausführte, vor allem, einen Separatfrieden der Ententemächte mit Oesterreich zu verhindern. Ganz unumwunden gesteht es Dr. Benesch ein, daß seine diplomatischen Bemühungen darauf gerichtet waren, den Krieg so lange hinauszuziehen, bis es gelungen war, die Anerkennung des tschechoslowakischen Staates durchzusetzen und ihn, bzw. seine Vertreter, an den Friedensverhandlungen an der Seite der diktierenden Ententemächte teilnehmen zu lassen.

In den drei Jahren 1916 bis 1918 gab es mehrere Male kritische Augenblicke, in denen sein ganzes Werk ins Wanken kam. Noch im Oktober 1918 wirkte eine starke Strömung in Frankreich dafür, die von Oesterreich ausgestreckte Friedenshand zu ergreifen, da man nicht an einen völligen Zusammenbruch der Mittelmächte glaubte. Berthelot, der Generalsekretär im französischen Außenministerium Pichon, der getreue Freund und politische Sekundant Beneschs, wies das Anerbieten Oesterreichs brüsk zurück.

Nicht ohne Stolz spricht Dr. Benesch den Satz: „Nach all diesen weltgeschichtlichen Ereignissen sieht Europa heute noch so aus, wie ich es zusammen mit Masaryk und den anderen im Jahre 1915 auf unserer Propagandalandkarte gezeichnet habe."

Die römischen Kommunisten.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

mp **Rom,** 5. Dezember.

Der kommunistische Abg. Bombacci, der gelegentlich der Diskussion über den italienisch-russischen Handelsvertrag dafür eingetreten ist, daß zwischen Rußland und Italien baldmöglichst normale Beziehungen hergestellt würden, ist wegen dieser Rede von der italienischen kommunistischen Partei ausgestoßen und aufgefordert worden, sein Mandat als Abgeordneter niederzulegen.